

Badische Zeitung, 18.11.2008

BZ-Interview mit EU-Parlamentarier Andreas Schwab

"Eine Antwort auf geschönte Zahlen"

"Verordnung über Europäische Statistik" – was ist das? Heute stimmt das Europaparlament darüber ab. Andreas Schwab (CDU), EU-Parlamentarier aus Südbaden, weiß, was es damit auf sich hat.



Andreas Schwab | Foto: bz

Heute, Dienstag, wird im Europaparlament die "Verordnung über Europäische Statistik" abgestimmt. Andreas Schwab (CDU) betreut diese Verordnung von Parlamentsseite aus. Er sitzt seit 2004 im EU-Parlament, vertritt den Wahlbezirk Südbaden und ist Sprecher der deutschen Konservativen für Binnenmarkt- und Verbraucherschutzfragen. Daniela Weingärtner sprach mit ihm.

BZ: Der Titel "Verordnung über Europäische Statistik" klingt ja ziemlich sperrig. Worum geht es denn dabei?

Schwab: Diese Verordnung ist eine Antwort auf die Einführung des Euro in Griechenland, die ja mit leicht geschönten Zahlen erreicht wurde. Als das herauskam, gab es große Proteste, gerade auch in Deutschland. Es wurde gefragt: Wie kann es sein, dass aus Griechenland übermittelte Daten nicht vergleichbar und nicht überprüfbar sind? Das deutsche Engagement hat aber schnell nachgelassen. Die statistischen Landesämter wollten keine Bundeszuständigkeit akzeptieren. Transparenz verlangt aber nun mal klare Zuständigkeiten und geregelte Informationswege. Bis vor zwei Wochen haben die Deutschen mit ihrem Veto jede Einigung blockiert, obwohl die anderen 26 Mitgliedsstaaten die Verordnung wollen. Subsidiarität ist ja gut und schön, aber diese Sturheit lässt sich in Europa nicht erklären.

BZ: Die Verordnung soll ja heute in Erster Lesung beschlossen werden. Wieso wird es immer üblicher, dass das parlamentarische Verfahren auf eine Lesung zusammenschnurrt, weil es im Vorfeld eine Einigung mit dem Rat gegeben hat?

Schwab: Bei dieser Verordnung war ja am Ende nur der eine Punkt mit Deutschland offen. Eine zweite Lesung hätte da wenig Sinn gemacht. Aber es stimmt schon, dass Vorabgespräche mit dem Rat immer üblicher werden. Nehmen Sie zum Beispiel das Klimapaket. Angela Merkel hat im März 2007 große Ankündigungen gemacht, wie

sich die EU beim Klimaschutz engagieren wird. Die Franzosen wollen bis Ende des Jahres diesen Ankündigungen Taten folgen lassen, um mit einer guten europäischen Ausgangsposition in die Internationalen Klimaverhandlungen im Dezember 2009 in Kopenhagen zu gehen. In dem Angebot sollen schon etwa zehn Milliarden Euro Fördergelder für Klimaprojekte in der Dritten Welt enthalten sein, damit die dem Paket ebenfalls zustimmen

BZ: Ist es nicht vielmehr so, dass der Rat aus 27 Regierungen zu einem so unbeweglichen Elefanten geworden ist, dass Entscheidungen überhaupt nur noch zu erreichen sind, wenn man einen enormen Zeitdruck aufbaut?

Schwab: Da ist was dran. Ich bin Berichterstatter für einen Teil des CO-Pakets für Pkw, wo es um ökologisch bedeutsame Komponenten wie reibungsarme Reifen geht. Ich muss mich entscheiden, ob ich in manchen Punkten beide Augen zudrücke, damit es in diesem Jahr noch zu einer Einigung mit dem Rat kommt, oder ob ich die Debatte gründlich führe mit dem Risiko, dass es gar keine Einigung gibt.

BZ: Wenn Sie zurückschauen auf Ihre erste Legislatur – was hat sich in den ersten viereinhalb Jahren geändert?

Schwab: Die Aufbruchstimmung ist nach dem Nein der Iren einem skeptischen Realismus gewachsen. Wir werden im Wahlkreis, in Interviews immer wieder gefragt: Was treibt Ihr da eigentlich? Das ist frustrierend, weil man gerade bei der Finanzkrise wieder sehen kann, dass wir als Europäer nur eine Chance haben, wenn wir zusammen auftreten. Deshalb fand ich es außerordentlich bedauerlich, dass wir in der Krise die Chance nicht genutzt haben, die europäische Bankenaufsicht nach Frankfurt am Main zu holen. Das ist unter anderem am Widerstand der deutschen Banken gescheitert. Langfristig wird es eine solche Aufsicht geben, aber dann wird sie nicht neben die Europäische Zentralbank gestellt sondern in ein Land, wo noch keine andere europäische Agentur angesiedelt ist.

BZ: Ist nur der Rat entscheidungsunwillig oder auch die Kommission?

Schwab: Die Kommission hat sich mit der Dienstleistungsrichtlinie eine blutige Nase geholt. Barroso will ein zweites Mal Kommissionspräsident werden und fängt mit den Mitgliedsstaaten keinen Streit mehr an. Das ist fatal, denn sie sind ja Teil des Problems. So kann Europa nicht gedeihen. Man kann nur hoffen, dass die Kommission nach der Wahl wieder bereit ist, auch konfliktträchtige Themen anzupacken. Gerade der Binnenmarktkommissar hat sich in den letzten Monaten stark zurückgehalten, dabei kümmert er sich um einen Bereich, wo die Vorteile Europas für den Bürger am sichtbarsten sind.

BZ: Bürokratieabbau hat sich die Kommission als eines der großen Ziele auf die Fahnen geschrieben. Sieht man schon Ergebnisse?

Schwab: Gemessen an den vollmundigen Ankündigungen ist wenig herausgekommen. Doch immerhin ist unter den Beteiligten das Ziel, dass die bestehenden Gesetze durchforstet und vereinfacht werden müssen, nicht mehr umstritten. Doch in der Zeit, wo die Stoiber-Kommission Vorschriften aus der Vergangenheit abzubauen versucht, schaffen wir ja neue Gesetze wie zum Beispiel

die Spielzeugrichtlinie. Konsequenter wäre, wenn wir die neuen Gesetze auf das notwendige Minimum begrenzen würden. Das geschieht aber nicht.